

GR Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 18. Mai 2022

Betreff: Volksbefragung über Öl- bzw. Gas-Embargo gegen Russland
Dringlicher Antrag

Ohne Zweifel stellte der am 24.02.2022 von Seiten Russlands begonnene Angriffskrieg gegen die Ukraine einen beispiellosen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel im 21. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent dar. Ohne Zweifel führt die russische Föderation seit dem 24.02.2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zwar eine Vielzahl von geopolitischen Hintergründen und Interessenlagen besitzt, aber dennoch durch nichts zu rechtfertigen und vollumfänglich zu verurteilen ist.

Seit dem betreffenden Kriegsausbruch wurden von Seiten der EU mehrere Wirtschaftssanktionspakete gegen die russische Föderation beschlossen, die von der österreichischen Bundesregierung bislang vollumfänglich mitgetragen werden und einen gemeinsamen Faktor besitzen: Sie schädigen nicht nur die russische Wirtschaft, sondern auch den Wirtschaftsstandort Österreich und der EU und heizen die Inflation betreffend Energie und Lebensmittel massiv an.

Mit anderen Worten: Die Russland-Sanktionen sind maßgeblich auch Sanktionen gegen die eigenen Bürger, die die Zeche in Form von ungeahnten Teuerungswellen täglich zahlen müssen.

Im nunmehr von Seiten der EU vorgesehenen sechsten Sanktionspakets gegen Russland ist ein vollumfängliches Öl-Embargo vorgesehen, dass die Preise von Energie bzw. Diesel und Benzin weiter steigern und die finanziellen Rahmenbedingungen des täglichen Lebens der Bürger in unserem Land weiter erschweren wird.

Laut Statistik Austria sind die Preise für Haushaltsenergie allein im März 2022 um 42 Prozent gestiegen und bringen so viele unserer Mitbürger an ihre finanziellen Grenzen. Zu befürchten ist ebenso, dass ein Öl-Embargo nur der erste Schritt in Richtung eines Gas-Embargos ist. Österreich bezieht gegenwärtig rund 80 Prozent seines Erdgases aus Russland und die Speicher sind derzeit nicht einmal zu einem Fünftel gefüllt.

Wenn die Bundesregierung daher auf EU-Ebene nicht sofort Widerstand leistet, wird Österreich von diesem Folgeschritt massiv überrollt werden. Die Regierung befindet sich mit den Embargomaßnahmen gegen Russland, bei denen sie mitmacht, ohne an die eigene Bevölkerung zu denken, auch auf einem Zerstörungskurs gegen die eigene Wirtschaft und die eigenen Bürger.

Die Bürger unseres Landes müssen daher weitreichend über die potenziellen Folgen eines derartigen Schrittes informiert und in die Entscheidungsfindung über ein Öl- bzw. Gasembargo gegen Russland in Form einer Volksbefragung eingebunden werden.

Unabhängig von den negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Österreich leidet auch die internationale Reputation Österreichs als Hort der verfassungsmäßig verbrieften Neutralität massiv. Einseitige Parteinahme und ein Wirtschaftskrieg in Form von Wirtschaftssanktionen sind mit der verfassungsmäßigen Neutralität unseres Landes nicht vereinbar.

Die Neutralität Österreichs gebietet es, beide Seiten eines Konfliktes zu betrachten. Ein neutrales Österreich, das den undurchdachten Sanktionen gegen Russland entsagt, könnte im Rahmen einer ehrlichen Vermittlerrolle zwischen beiden Kriegsparteien einen weit größeren Beitrag zum Frieden leisten, als ein Österreich, das einseitig Partei ergreift.

Sanktionen alleine sind nicht geeignet, um die Waffen zum Schweigen zu bringen. Es braucht Initiativen eines wahrlich neutralen Österreich für Gespräche, um eine Chance für Frieden zu schaffen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Sanktionen gegen Russland bereits jetzt gravierend negative Auswirkungen auf den Alltag der Bürger unseres Landes haben. Inflation und Teuerungswellen spüren die Bürger tagtäglich auf bittere Art und Weise im Bereich der Lebensmittelpreise und der Energie- bzw. Treibstoffkosten.

Zusätzlich wird die verfassungsmäßige Neutralität unseres Landes durch die Unterstützung der Wirtschaftssanktionen durch die schwarz-grüne Bundesregierung massiv untergraben. Die Auswirkungen dieser von der schwarz-grünen Bundesregierung mitgetragenen Eskalationsspirale sind zweifellos dramatisch. Die Bürger dieses Landes müssen daher direktdemokratisch in diese weitreichenden Entscheidungen für unser Land eingebunden werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die schwarz-grüne Bundesregierung wird im Rahmen des Petitionsweges vom Grazer Gemeinderat aufgefordert, eine bundesweite Volksbefragung bezüglich des auf EU-Ebene vorgesehenen sechsten Sanktionspakets betreffend eines Öl- bzw. eines potenziellen Gasembargos gegen Russland abzuhalten.